

**Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend
und Integration**
Stichwort: Stadtteilbezogene Familienarbeit
Referat 21, OKZ: 211-2
Bahnhofspatz 29
28195 Bremen

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung in Höhe von
für das Projekt
für den Projektzeitraum von bis

Angaben zur/zum Antragstellenden

Initiative/Träger Einrichtung:

Ansprechperson für das Projekt:

E-Mail:

Adresse:

Telefon:

Bankverbindung

Name der Bank:

Kontoinhaber: in:

IBAN: BIC:

Angaben zum Vorsteuerabzug

Der/die Antragsteller: in ist grundsätzlich oder für die betroffene Maßnahme zum Vorsteuerabzug
berechtigt:

- Ja (grundsätzlich) Umsatzsteuer-ID:.....
- Ja (für die betroffene Maßnahme)
- Nein

Angaben zum Projekt

Wo findet das Projekt statt? (Stadtteil)

Handelt es sich um ein Folgeprojekt?

- Ja Das Projekt besteht seit
- nein

Welche Zielgruppe wollen Sie mit dem Projekt erreichen?

- Familien Frauen
- Kinder (bis 13 Jahre) Männer
- Jugendliche/ junge Erwachsene (13-25 Jahre) Eltern/ Erziehungsberechtigte
- Sonstige (bitte benennen)

Geplante Anzahl der Teilnehmer:innen:

Wie wollen Sie die Teilnehmer:innen erreichen?

- Flyer, Plakate, u.a.
- Mund-zu-Mund Propaganda
- Kooperation mit anderen Einrichtungen im Stadtteil
- persönliche Ansprache
- Sonstiges

Ordnen Sie bitte Ihr Projekt einen Bereich zu!

- Fest/Feier
- Treffpunkt/ Gesprächskreis (z.B. Sprachcafé, Internationales Frühstück)
- Veranstaltungsreihe/ Vortrag
- Kulturelles/ sportliches/ kreatives Angebot
- Familienfreizeit/ Wochenendfreizeit
- Bildungsurlaub
- Elternunterstützungsprogramm/ Elternkurs
- Ausflüge/ Freizeitaktivitäten
- digitale Angebote
- Sonstiges (bitte benennen)

Projektbeschreibung: Beschreiben Sie kurz Ihre Projektkonzeption (Inhalte, Ziele und methodisches Vorgehen)

Finanzierung

Welche Ausgaben fallen für das Projekt an?	Betrag in €
I. Personalausgaben (bitte Anlage 1 ausfüllen)	
Vergütungen etc.	
Sozialabgaben	
Summe I. Personalausgaben	
II. Sachausgaben (die Auflistung ist nur beispielhaft)	
Miete (Nur Anmietung externer Räume) Wo mieten Sie den Raum an?	
Bewirtschaftungskosten (Gas, Wasser, Strom etc.)	
Büromaterial (projektbezogen)	
Öffentlichkeitsarbeit/ Werbungskosten	
Fahrt- / Reisekosten (Welche Fahrten werden getätigt?)	
Sach- und Materialkosten (projektbezogen)/ (Bewirtschaftungskosten sind nicht zuwendungsfähig, Geschenke, Aufmerksamkeiten etc. ebenfalls nicht)	
Dienstleistungen (Um welche Dienstleistungen handelt es sich? Z.B. Honorar für Referent:innen.)	
Honorarkosten/ Aufwandsentschädigungen (Bitte Anlage 2 ausfüllen)	
Sonstiges (Bitte benennen)	
Summe II. Sachausgaben	
III. Investitionsausgaben	
Baumaßnahmen	
Sonstige Beschaffungen (z.B. technische Geräte, Mobiliar)	
Summe III. Investitionsausgaben	
Gesamtsumme I. und II. und III.	

Wie wollen Sie das Projekt finanzieren? Welche Einnahmen haben Sie für das Projekt? Wo haben Sie noch Mittel beantragt?	
Einnahmen (ausgenommen Eigenleistungen <u>ohne finanziellen Aufwand</u>)	Betrag in €
Eigenanteil (nur finanzielle Mittel)	
Erwartende Einnahmen (z.B. Teilnehmerbeiträge)	
Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung), z.B. Spenden Einnahmen von Stiftungen	
Sonstige Förderung Bremens (bitte nachfolgend auflisten), z.B. Globalmittel	
Sonstige öffentliche Förderung (bitte nachfolgend auflisten), z.B. Zuwendungen von anderen Ressorts	
beantragte Zuwendung	
Gesamteinnahmen	

Erklärungen/Hinweise

Frühzeitiger Maßnahmenbeginn

Zuwendungen zur Projektförderung dürfen grundsätzlich nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. Falls ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn notwendig ist, kann dies im Einzelfall unter Beifügung einer kurzen Begründung beantragt werden. In diesem Fall kann ein Vorbescheid ergehen, der - ohne Rechtsanspruch auf eine spätere Zuwendung - den vorzeitigen Maßnahmenbeginn zulässt.

Mir/uns ist bekannt, dass ein Beginn der Maßnahme - dazu zählt bereits der Abschluss eines der Ausführung zugrundeliegenden Lieferungs- und Leistungsvertrages (z. B. Bestellung, Kaufvertrag, Honorarvertrag) - ohne vorherige Bewilligung bzw. schriftliche Zustimmung der Bewilligungsbehörde einen Förderausschluss zur Folge hat.

- Hiermit erkläre/n ich/wir, dass mit der geplanten Maßnahme noch nicht begonnen wurde.
- Ich/wir beantrage/n den vorzeitigen Maßnahmenbeginn für die geplante Maßnahme, weil (Eine Begründung ist unbedingt erforderlich!)

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Landesmindestlohngesetz

Der/die Zuwendungsempfänger:in hat seinen Arbeitnehmer:innen mindestens den nach dem Landesmindestlohngesetz festgelegten Mindestlohn zu zahlen.

Dementsprechend verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, meinen/unseren Arbeitnehmer:innen mindestens ein Entgelt je Zeitstunde gemäß dem aktuell gültigen Mindestlohngesetz für das Land Bremen (Landesmindestlohngesetz) zu zahlen.

Den Arbeitnehmer:innen wird der gesetzliche Mindestlohn gem. § 5 des Landesmindestlohngesetzes gezahlt.

Besserstellungsverbot

Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen nach § 23 LHO zur institutionellen Förderung dürfen nur mit der Auflage bewilligt werden, dass der/die Zuwendungsempfänger:in seinem/seiner Beschäftigten nicht besserstellt als vergleichbare Beschäftigte der bremischen Verwaltung; vorbehaltlich einer abweichenden tarifvertraglichen Regelung dürfen deshalb keine günstigeren Arbeitsbedingungen vereinbart werden, als sie für Beschäftigte der bremischen Verwaltung jeweils vorgesehen sind. Entsprechendes gilt für die Projektförderung, wenn die Gesamtausgaben des/der Zuwendungsempfängers:in überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Das Besserstellungsverbot wird einhalten.

Datenschutzerklärung

Mir/uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (§ 11 BremDSG). Es gelten die Auskunfts- und Berichtigungsrechte nach dem BremDSG in der jeweils geltenden Fassung.

Mir/uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben (vgl. § 3 Datenschutzordnung der Bremischen Bürgerschaft), die Namen der Zuwendungsempfänger*innen, die Höhe der Zuwendung, der Zweck (ggf. mit einer Darstellung der regionalen Zuordnung der Maßnahme) sowie die Zuwendungsart und die Finanzierungsart im Rahmen eines Zuwendungsberichts – sofern überwiegend schutzwürdige Interessen nicht entgegenstehen – veröffentlicht werden.

Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zuwendungsempfängers/Zweckes nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Dies ist beispielweise der Fall, wenn die Angaben den/die Zuwendungsempfänger:in in seiner/ihrer besonderen persönlichen Situation (gesellschaftlich, familiär, wirtschaftlich, rechtlich) nachteilig berühren und aus diesem Grund ein Interesse an der Nichtverwendung der Daten besteht. Der Zuwendungsbericht wird auch im Internet veröffentlicht.

Die Datenschutzerklärung wurde zur Kenntnis genommen.

Gesamtfinanzierung

Die Gesamtfinanzierung ist gesichert.

Ort

Datum

rechtsverbindliche Unterschrift
Antragsteller:in und Stempel